

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 16.06.2015

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino

Frau Jansen

Frau Schellong

Herr Wasyliw

Herr Weber

SPD

Herr Bauer

Herr Brücher

Frau Gorsler

Herr Pieplau

Frau Schrader

(ab 17.15 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Frau Mann

Frau Dr. Ober

Vorsitzende

(bis 19.15 Uhr)

BfB

Herr Vagt

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Frau Eppendorfer

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Integrationsrat

(bis 19.30 Uhr)

Herr Imorde

Beirat für Behindertenfragen

(bis 20.05 Uhr)

Herr Sielmann

FDP-Fraktion

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Dr. Delius

Herr Böhling

Herr Linnenbürger

Frau Dammann

Frau Streubühr

Frau Dietz

Frau Rubel

Herr Cremer

Frau Petzold

Frau Bueren

Herr Puls

Gast

Herr Krain

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5

Dezernat 3

Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt

Bürgeramt -Zentrale Ausländer
 Behörde-

Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Amt für Verkehr

Amt für Verkehr

Gesundheits-, Veterinär- und

Lebensmittelüberwachungsamt

Gesundheits-, Veterinär- und

Lebensmittelüberwachungsamt

Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention

Stab Dezernat 5

moBiel

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet, die Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit um die Beschlussvorlage Drucks.-Nr. 1603/2014-2020 „Sozialticket“ zu erweitern. Die Beschlussvorlage sei als Tischvorlage verteilt worden. Sie begründet die Dringlichkeit mit der beabsichtigten Preisanhebung des Sozialtickets zum 01.08.2015 und der sich anschließenden Beratungsreihenfolge des Finanz- und Personalausschusses sowie des Stadtentwicklungsausschusses am 23.6.2015.

An der sich anschließenden Diskussion über die Dringlichkeitsbegründung beteiligen sich Frau Bußmann, Herr Weber, Beigeordneter Herr Nürnberger und Frau Gorsler.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird im Rahmen der Dringlichkeit um die Beschlussvorlage Drucks.-Nr. 1603/2014-2020 erweitert.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Die Beschlussvorlage Drucks.-Nr. 1603/2014-2020 wird im Anschluss an TOP 6 behandelt.

Darüber hinaus verweist Vorsitzende Frau Dr. Ober auf den ausgelegten Jahresbericht 2014 der Schuldnerberatungsstellen in Bielefeld.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.05.2015****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 6. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.05.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

**Zu Punkt 2.1 Versorgung der Bewohner/innen des ehemaligen "Conti-Hotels"
Kooperationsprojekt zwischen Stadt Bielefeld -Amt für soziale Leistungen-, Sozialdienst Bethel -regional-, Jobcenter Arbeitplus Bielefeld, Verein Drogenberatung e. V.**

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Ergebnisse des Kooperationsprojektes.

Herr Hood spricht allen Beteiligten seinen Dank für die in der kurzen Zeit erzielten Ergebnisse aus. Herr Weber merkt an, dass die desolaten Zustände im ehemaligen Conti Hotel nicht erst seit sechs Monaten bestanden hätten. Auf Fragen von Herrn Weber, Frau Gorsler und Herrn Sielmann führt Frau Streubühr unter anderem aus, dass sich die Kurzfristigkeit durch die Kündigung der Mietverträge ergeben habe. Die Bewohner seien bereits im Hilfesystem verankert gewesen und betreut worden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Erstellung des Bielefelder Inklusionsplanes (Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.06.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1698/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die per Mail versandte Anfrage und die als Tischvorlage verteilte Antwort des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention (**Anlage 1**).

Auf Fragen von Herrn Weber führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass die Entwicklung von langfristigen Strategien, unter Festlegung von Prioritäten, beabsichtigt sei. Über die Ergebnisse würde in regelmäßigen Abständen, situationsbedingt auch kurzfristig, im SGA berichtet werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Einrichtung eines "Ehrenamtskoordinators - Flüchtlinge" (Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.06.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1699/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die per Mail versandte Anfrage und die als Tischvorlage verteilte Antwort des Sozialdezernates **(Anlage 2)**.

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über wesentliche Punkte der Antwort. Herr Weber fordert die Verwaltung auf diese Informationen auch der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den in der Sitzung anwesenden Pressevertreter der Neuen Westfälischen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3

Senkung der Kosten der Unterkunft bei Bedarfsgemeinschaften im SGB II und SGB XII unter die sog. "Angemessenheitsgrenze" (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 09.06.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1700/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die per Mail versandte Anfrage und die als Tischvorlage verteilte Antwort des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- und des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld **(Anlage 3)**.

Frau Bußmann begründet die von ihr eingereichte Anfrage. Beigeordneter Herr Nürnberger bittet um Verständnis dafür, dass die Verwaltung die geforderten Zahlen so kurzfristig nicht ermitteln könne. Eine ergänzende Beantwortung in der nächsten Sitzung wird von ihm zugesagt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4**Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5**Aktuelles zur Situation der Flüchtlinge in Bielefeld**

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass mit dem versandten Newsletter mehr Transparenz über die Situation der Flüchtlinge in

Bielefeld geschaffen werden solle.

Seit der letzten SGA-Sitzung im Mai seien Bielefeld weitere 208 Personen zugewiesen worden. Insgesamt seien nunmehr seit Beginn des Jahres 774 Flüchtlinge in Bielefeld aufgenommen worden.

Im Bereich der Flüchtlingsunterkünfte seien die Kita Friedhofstraße und die Kita Schröttinghausen kurz vor der Inbetriebnahme. Aufgrund der zu erwartenden weiteren Zuweisungen von Flüchtlingen könne auf den Betrieb der Unterkunft Teichsiede nicht verzichtet werden. Derzeit würden Gespräche über eine Sanierungsplanung mit der BGW geführt. Zum Ratsbeschluss zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass der Entwurf für eine Rahmenvereinbarung bereits vorliege. Darin seien 8 % der Behandlungskosten als Verwaltungskosten vorgesehen; bei den übrigen Leistungsempfängern würden 5 % der Behandlungskosten als Verwaltungskosten abgerechnet. Somit entstehe ein 3 % höherer Kostenaufwand, als bei den übrigen Leistungsempfängern. Da jede Kommune selber entscheiden könne, ob sie sich der Rahmenvereinbarung anschließe, müsse nach endgültigem Abschluss der Rahmenvereinbarung eine Ratsentscheidung herbeigeführt werden. Auf Fragen von Herrn Weber, Vorsitzende Frau Dr. Ober, Herrn Sielmann, Frau Adilovic und Herrn Hood führt Beigeordneter Herr Nürnberger u. a. aus:

- nach einer Abstimmung in der Fachgruppe Bürgerschaftliches Engagement werde über die Ehrenamtskoordination und die Angebote in den Bezirken in der nächsten SGA-Sitzung berichtet
- der Entscheidungsprozess über die Einrichtung einer neuen Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) sei noch nicht abgeschlossen, die Wahrscheinlichkeit einer solchen Landeseinrichtung sei allerdings sehr hoch
- im Rahmen des Prozesses „Bielefeld integriert“ beschäftige man sich intensiv mit der sozialen Integration von Flüchtlingen

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet darum, über die Arbeitsergebnisse aus den einzelnen Fachgruppen im SGA zu berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Situation der Zentralen Ausländerbehörde

Herr Böhling informiert über die Situation in der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) insbesondere über die Erstaufnahme von asylsuchenden Ausländerinnen und Ausländern (**Anlage 4**). Die ZAB habe, auch aufgrund ihrer räumlichen Situation, die maximale Registrierungskapazität erreicht. Zur Unterstützung seien Mitarbeiter der Bezirksregierung Detmold zur Registrierung in die Landesunterkunft Oerlinghausen abgestellt worden. Neben den Erstaufnahmeeinrichtungen Bielefeld und Dortmund würden neue Einrichtungen in Burbach und Bad Berleburg (seit kurzem in Betrieb), ab 1.7.2015 in Unna und voraussichtlich ab Jahresende 2015 in Essen errichtet. Aufgrund der hohen Zugangszahlen sei das Land angehalten, die Anzahl

der Unterbringungsplätze von 9.000 auf 17.000 Plätze aufzustocken. Die Akquirierung von Gebäuden für den Aufbau von Zentralen Unterbringungseinrichtungen werde vom Land mit hoher Intensität betrieben.

Zu Fragen von Herrn Sielmann, Frau Adilovic, Vorsitzende Frau Dr. Ober, Herrn Weber und Frau Mann führt Herr Böhling aus, dass

- die Räumlichkeiten für die derzeitige Situation nicht auskömmlich seien,
- ein muttersprachlicher Wegweiser existiere, eine Überarbeitung noch nicht erfolgt sei,
- die durchschnittliche Wartezeit 4 Stunden betrage,
- Beschwerden über das Busunternehmen nachgegangen worden sei,
- die hohe Mitarbeiterfluktuation unterschiedliche Beweggründe habe.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich bei den Mitarbeitern für ihren hohen Arbeitseinsatz. Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet die Verwaltung auch zukünftig den SGA über die Entwicklungen in der ZAB zu informieren.

-.-.-

Zu Punkt 7

Sozialticket

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1603/2014-2020

Frau Dietz informiert über ein Gespräch mit der Landesregierung im März 2015. Es sei die Veränderung der Zuschussmodalitäten bekannt gegeben worden. Einschneidend sei die Deckelung der jeweiligen Anteile der Gebietskörperschaften bei der Unterstützung des Sozialtickets. Es sei abzusehen, dass sich die langfristige Mittelzuweisung auf 800.000 € (bisher ca. 1,2 Mio. €) belaufen werde und eine Förderung bis mindestens 2017 in Aussicht gestellt werden könne. Bei der Auszahlung der Mittel werde zukünftig ein Anteil von 10% der Gesamtsumme zunächst einbehalten und ggf. zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verwendet.

Aufgrund der zwischen moBiel, dem Bündnis für Sozialticket und der Verwaltung geführten Gespräche, sei auf Vorschlag von moBiel zwischen der Stadt Bielefeld und moBiel dahingehend ein Kompromiss erzielt worden, dass für 8.200 Tickets monatlich Landeszuschüsse beantragt werden könnten. Das Bündnis für ein Sozialticket habe diesen Kompromiss nicht mitgetragen.

Herr Krain informiert über die Entwicklung des Sozialtickets seit seiner Einführung. Aufgrund der durchschnittlichen Abnahmemenge, habe moBiel die Kalkulation für 8.200 Tickets vorgeschlagen. Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet Herrn Krain, den Ausschussmitgliedern eine Übersicht über die Entwicklung der Ticketverkäufe zur Verfügung zu stellen (**Anlage 5**).

Auf Nachfragen einiger Ausschussmitglieder führt Frau Dietz aus, dass das letzte Abstimmungsgespräch zwischen den Beteiligten am 22.5.2015

stattgefunden habe. Der erzielte Kompromiss wurde vom moBiel-Aufsichtsrat am 12.6.2015 genehmigt, sodass eine frühzeitigere Befassung der politischen Gremien nicht möglich gewesen sei.

Frau Gorsler fordert die Beteiligten dazu auf, eine Annäherung zu erzielen, die die Realität abbilden würde. Aufgrund dieses Ergebnisses müsse sich die politische Ebene entscheiden, wie sie sich dazu verhalte. Sie halte eine weitergehende fachliche Bewertung und somit auch mehr Zeit für erforderlich, um eine Entscheidung treffen zu können. Daraufhin beantragt sie, diese Vorlage nur in erster Lesung zu behandeln.

Herr Weber gibt zu bedenken, dass bei Einführung des Sozialtickets unmissverständlich vereinbart worden sei, dass ein entstehendes Defizit nicht durch kommunale Haushaltsmittel ausgeglichen werden dürfe. Weiterhin bittet er die Verwaltung, den Zeitpunkt der Ticketpreiserhöhung (01.08.2015) auch in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Vorsitzende Frau Dr. Ober fordert die Verwaltung auf, den Zeitpunkt der Ticketpreiserhöhung (ab 01.08.2015) mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen und bittet die Anwesenden um Abstimmung darüber, ob die Beschlussvorlage, Drucks.-Nr. 1603/2014-2020, lediglich in erster Lesung behandelt werden soll.

Die Anwesenden stimmen mehrheitlich, bei zahlreichen Enthaltungen, für eine erste Lesung dieser Beschlussvorlage.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz

Beigeordnete Frau Ritschel berichtet aus der letzten Sitzung:

- Zur Woche der Wiederbelebung finde am 19.09.2015 auf dem Jahnplatz eine Auftaktveranstaltung statt.
- Am 20.03.2015 sei der Entwurf eines Präventionsgesetzes in den Bundestag eingebracht worden. Mit einer Verabschiedung werde im Sommer/Herbst 2015 gerechnet. Ziel dieses Gesetzes sei die Prävention und Gesundheitsförderung in den Lebenswelten und in betrieblicher Gesundheitsförderung konkret zu besetzen und mit finanziellen Mitteln auszustatten. Die KGK habe den Anspruch die Möglichkeiten des Präventionsgesetzes für Bielefeld koordinierend zu begleiten.
- Information über das Projekt „Bielefeld integriert“ durch Beigeordneten Herrn Nürnberger und gemeinsamer Austausch zur gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen.
- Die Universität Bielefeld habe ihre Unterstützung in Form einer wissenschaftlichen Begleitung des Integrationsprozesses von

Flüchtlingen angeboten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 **Gesundheitsbericht Kinder – Entwicklung der Adipositas von 1992 bis 2014 in den Einschuljahrgängen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1650/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die Entwicklung der Adipositas bei den Einschuljahrgängen von 1992 bis 2014 (**Anlage 6**).

Auf Fragen von Frau Gorsler, Herrn Hood und Frau Bußmann führen Beigeordnete Frau Ritschel und Herr Cremer aus, dass es keine Garantie für greifende Prävention gebe. Eine bessere Abstimmung der Präventionsaktivitäten sei allerdings zu prüfen. Mit Blick auf die Werte von vor zehn Jahren müsse man die damaligen Rahmenbedingungen betrachten, um diese Werte wieder zu erreichen. Ziel sei es gleichwohl, die Adipositasrate der Einschulkinder zu senken. Trotz vieler Projekte zur gesunden Lebensweise in Kitas, sei die Sensibilisierung des Elternhauses nicht immer möglich.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 **Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2015 bis 2017**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1576/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Mit zusätzlichen Angeboten in der Tagespflege werde versucht, einer Ausweitung der stationären Pflegeplätze entgegen zu wirken. Darüber hinaus berichtet Frau Bueren, dass die Konferenz für Pflege und Alter (ehemals Pflegekonferenz) die Transparenz der Angebotsstruktur durch die Bedarfsplanung begrüßt habe.

Herr Weber weist darauf hin, dass die vollstationäre Pflegeeinrichtung „Village“ nicht dem Stadtbezirk Mitte, sondern dem Stadtbezirk Schildesche zugewiesen werden müsse (siehe Seite 19/20 der Bedarfsplanung). Er bittet dies zu korrigieren. Um den politischen Willen in Bielefeld zu verdeutlichen schlägt er vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

„ und bekräftigt damit den Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ auch über das Jahr 2017 hinaus.“

Fragen von Frau Gorsler, Herrn Sielmann und Herrn Hood werden von Beigeordnetem Herrn Nürnberger und Frau Bueren beantwortet.

Alle Anwesenden unterstützen die Beschlussergänzung. Der SGA fasst

daher folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die Bedarfsplanung für stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen in Bielefeld für die Jahre 2015 bis 2017 und bekräftigt damit den Grundsatz „ambulant vor stationär“ über das Jahr 2017 hinaus.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)